

Kieler Landesregierung: Es gibt keine bindenden Verträge

Merkwürdig geht es kaum noch! Alle reden von den Annahmeverträgen, aber keiner hat sie gesehen. Da drängt die Region Hannover weiterhin ultimativ auf den Abtrag der Asbesthalde in Wunstorf, ohne dass man sich die entsprechenden Verträge mit den Deponien in Mecklenburg und Schleswig-Holstein überhaupt hat vorlegen lassen. Tatsächlich beruft sich Umweltdezernent Priebis ohne zu ermüden auf Annahmeverträge, die das mit dem Abtrag beauftragte Generalunternehmen, die Heilt Umwelttechnik GmbH, angeblich mit den Deponien Ihlenberg und Rondeshagen abgeschlossen haben soll. Einer neuerlichen Erklärung der Kieler Landesregierung zufolge gibt es diese Verträge, zumindest für die Deponie Rondeshagen, aber gar nicht. In einem Schreiben an die Bürgerinitiative in Rondeshagen vom 7.3.2012 heißt es: „Die elektronische Annahmeerklärung (...) bestätigt nur die abfallrechtliche Zulässigkeit der Entsorgung. Sie begründet kein Vertragsverhältnis, welche die Deponie zur Annahme verpflichtet. (...) Ein Ausführungsvertrag, der die näheren Bedingungen der Entsorgung geregelt hätte, wurde (...) aufgrund der zwischenzeitlich bekannt gewordenen Unzulässigkeit des Transportes nicht geschlossen.“ Darüber hinaus hält Kiel mögliche Transporte für grundsätzlich rechtswidrig und stellt für den Fall der Fälle Gegenmaßnahmen in Aussicht: „Sollten (...) Transporte gestartet werden, wird die Landesregierung alle rechtlich zulässigen Schritte einleiten, um die nach unserer Rechtsauffassung rechtswidrigen Transporte zu verhindern bzw. zu stoppen.“ (Schreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein an die BI Rondeshagen vom 7.3.2012; das Schreiben müsste vorliegen!)

Der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering erklärte im Interview mit dem Nordkurier „Er sei zuversichtlich, dass auf das Land keine Vertragsstrafen zukommen werden, denn es gebe noch keine Verträge, lediglich Vertragsverhandlungen.“ (Quelle:

<https://www.nordkurier.de/cmlink/nordkurier/nachrichten/mv/schwerin-und-kiel-lehnen-asbestmull-aus-niedersachsen-ab-1.375262>)

Außerdem verwies Regierungssprecher Andreas Timm auf das Rechtsgutachten von GGSc. „Wir gehen auf der Basis des Gutachtens davon aus, dass kein Vertrag zustande gekommen ist, der die Deponie zur Aufnahme des Asbest-Mülls verpflichtet.“ (Quelle: https://www.ggsc.de/service/downloads/482_ggsc_zu_asbestmuell.pdf)

All das hält Herrn Priebis aber nicht davon ab, dem beauftragten Generalunternehmen eine weitere Frist von zwei Monaten zu setzen, die Sanierung des Haldengeländes in Angriff zu nehmen, womit auch die Verlagerung der Halde auf Deponien Ihlenberg und Rondeshagen weiterhin im Raume steht. Absurdistan lässt grüßen! Die Bürgerinitiativen Stoppt-die-Deponie-Schönberg! e.V. und die Bürgervereinigung gegen die Giftmülldeponie Rondeshagen-Groß-Weeden e.V. fordern die verantwortlichen Stellen in Hannover deshalb auf, sich unverzüglich über die Existenz bzw. den möglichen Inhalt dieser Verträge Klarheit zu verschaffen und entsprechend offenzulegen und damit das unwürdige Possenspiel sofort zu beenden. Die anhaltende Verunsicherung vieler Menschen in Wunstorf, Rondeshagen und Schönberg ist absolut menschenverachtend und muss umgehend aufhören. Politiker haben auch eine Verantwortung für den inneren Frieden in diesem Land.

Bürgervereinigung gegen die Giftmülldeponie Rondeshagen Groß-Weeden e.V.
Bürgerinitiative Stoppt die Deponie Schönberg e.V.